

## Verhandlung in Sachen Marx und MMT (Teil 1) – 1648 Wörter

Eröffnung des Verfahrens 184 W	S. 2
Der Verhandlungsgegenstand 383 W	S. 3
Das Plädoyer gegen die MMT	
Der Fall der Profitrate als Ursache kapitalistischer Krisen 355 W	S. 5
Die Zirkulationssphäre und das Geld 425 W	S. 6
Geldbewegung und Fiskalpolitik 306 W	S. 7
Das Plädoyer für die MMT	
Die Argumentation gegen die MMT hat mehrere Haken 314 W	S. 9

---

## Verhandlung in Sachen Marx und MMT (Teil 2) – 1417 Wörter

Fortsetzung des Verfahrens 93 W	S. 10
Das Plädoyer für die MMT (Fortsetzung)	
Unterkonsumtion als Krisenursache 530 W	S. 10
Marx und die fehlende effektive Nachfrage 424 W	S. 13
Rosa Luxemburg 393 W	S. 14

---

## Verhandlung in Sachen Marx und MMT (Teil 3) - 1994 Wörter

Abschluss des Verfahrens und Urteil 120 W	S. 16
Das Plädoyer für die MMT (Schluss)	
Michal Kalecki 720 W	S. 16
Einspruch 1: Goldwährung und Fiat-Währung 357 W	S. 19
Einspruch 2: Die Machtfrage 539 W	S. 21
Das Urteil 292 W	S. 23

5063 Wörter

# Verhandlung in Sachen Marx und MMT (Teil 1)

## Eröffnung des Verfahrens

Meine Argumentation in dieser Artikelserie baut auf zwei Blogbeiträgen von Bill Mitchell mit den Titeln „(Modern) Marx and MMT [part 1](#) and [part 2](#)“ auf. Anlässlich marxistischer Kritik an der von ihm maßgeblich mit entwickelten Theorie, die ihm immer wieder entgegenschlägt, weist er dort anhand von Quellen, die ich im folgenden nutze, nach, warum MMT durchaus mit einer modernen Sicht auf Marx' Theorien vereinbar ist. Diese Ansicht teile ich.

Der Nachweis, dass sich Marxismus und MMT nicht widersprechen, kann, so er denn überzeugt, jedoch erst der Beginn darauf aufbauender notwendiger Diskussionen sein.

Ob diejenigen, die sich hierzulande als marxistisch bzw. links verstehen, dazu überhaupt bereit sind, ist offen. Die ablehnende Haltung verwundert zunächst. Schließlich eröffnet die Theorie ungeahnte fiskalpolitische Perspektiven und Handlungsspielräume des Staates, auch und gerade für die Umsetzung des im linken Verständnis anstehenden und notwendigen [sozial-ökologischen Transformationsprozesses](#) aus der aktuellen „ökonomisch-ökologischen Zangenkrise“ (Klaus Dörre 2021 in der Zeitschrift *Sozialismus*).

Die MMT scheint bei vielen Kritikern jedoch als unseriös zu gelten. Sind die Vorschläge der MMT wirklich völlig illusionär, indem sie suggerieren, man könne „im Schlafwagen“ zur „Endstation ökologischen Wohlstands“ ([Rudolf Hickel](#)) kommen?

## Der Verhandlungsgegenstand

Verhandelt wird die MMT-These:

**Eine moderne Regierung, die als Souverän eine Fiat-Währung herausgibt, kann das Produktions- und Beschäftigungsniveau durch öffentliche Ausgaben beeinflussen, ohne dabei finanziell durch den Zwang zu einem ausgeglichenen Haushalt begrenzt zu sein.**

Neoklassiker und viele Marxisten halten diesen Gedanken für einen verhängnisvollen Irrtum. Die errungenen Erfolge werden durch Inflation und *crowding out*, die Verdrängung privater Investitionen, erkaufte, die die Erfolge wieder zunichte machen, sobald die Geldausgaben des Staates dauerhaft seine Einnahmen übersteigen. Wie ein privater Haushalt, muss auch der öffentliche auf Dauer ausgeglichen sein.

Politisch folgt daraus für die Neoklassiker Austerität und die Gewährleistung des freien Spiels der Marktkräfte durch den Staat, soweit nur eben möglich. Dabei ist es richtig und wichtig, Ungleichgewichten entgegenzusteuern, z.B. durch die Kontrolle von Monopolen und die Förderung guter Startbedingungen für die Marktteilnehmer. Auf perfekten, nicht durch unangemessene staatliche Eingriffe behinderten Märkten stellt sich nach bestimmten, mathematisch begründbaren Formeln ein ideales Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, Preisen, Löhnen und Arbeitsmarkt ein. Dieses „ideale Gleichgewicht“ beinhaltet ganz bewusst die Aufgabe des Vollbeschäftigungsziels, welches bis in die 80er-Jahre des 20. Jahrhunderts galt. Das „neoliberale Versprechen“ beinhaltete Wohlstand über durch Privatisierung und den Abbau sozialer Sicherung angekurbeltes Wirtschaftswachstum. Die Realität zeigt, durch die Pandemie verstärkt, dass dies nicht eingelöst wurde. Selbst die Finanzindustrie fordert nun teilweise höhere Löhne und staatliche Investitionen in öffentliche Infrastruktur, denn u.a. die Pensionsfonds haben Probleme mit der Einlösung ihrer Verpflichtungen und müssen sich auf immer riskantere Portfolios einlassen.

Marxisten scheinen in dieser Situation den National-Staat für weitgehend machtlos zu halten. Sie akzeptieren, dass der Staat kein Geld hat, weswegen (außerhalb durchaus zu nutzender enger Spielräume) ihre Forderungen – ohne Inflations- und *crowding-out* Gefahr - nur erfüllt werden können, indem im ersten Schritt der gesellschaftliche Reichtum, den sich die oberen Schichten ungerechterweise angeeignet haben, umverteilt, und die Ausgaben auf wichtige Felder umgelenkt werden (Butter statt Kanonen). So wird aus einer ökonomischen eine moralische Debatte.

Aus dieser Sicht kann der staatliche Sektor die krisenhafte Dynamik der privaten Kapitalakkumulation nicht wirklich beeinflussen. Arbeitslosigkeit und die übrigen negativen sozialen und ökologischen Folgen der Produktion liegen also letztlich in der Hand des Kapitals. Deswegen muss das System durch einen neuen Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Produktions- und Verwendungsentscheidungen abgelöst werden, was mir eine etwas abstrakte Antwort auf die drängenden Probleme der betroffenen Menschen und wichtigen Zeitfragen zu sein scheint.

## Das Plädoyer gegen die MMT

### Der Fall der Profitrate als Ursache kapitalistischer Krisen

Marx stellte fest, dass die Kapitalisten vom Wunsch nach Kapitalakkumulation angetrieben werden, dass der Akkumulationsprozess zu einer übermäßigen Kapitalbildung und damit zur Senkung der Profitrate führe, und dass diese Dynamik zwangsläufig Krisen zur Folge habe.

Er hielt es für eine "reine Tautologie zu sagen, dass Krisen durch den Mangel an effektiver Konsumtion verursacht werden" (S.250) (*Kapital Band II*).

Denn selbst wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung bekämen, um in den Genuss eines höheren Konsums zu kommen, würde sich gemäß der inneren Logik des Kapitalismus die Dynamik, die das Missverhältnis zuvor verursacht hatte, wieder durchsetzen.

Obwohl man sie natürlich als einen notwendigen Aspekt des Akkumulationsprozesses betrachten kann, ist nach Ansicht von Marx die Produktion zur Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Massen nicht dessen treibende Kraft.

Vielmehr sind es die Kapitaleigentümer, die die Produktion und die Beschäftigung kontrollieren, und ihre Erwartungen an künftige Erträge diktieren die Rate, mit der der Kapitalstock im Laufe der Zeit anwächst. Der Kampf um die Aufrechterhaltung der Mehrwertproduktionsraten (die die Grundlage der Geldgewinne bilden) führt zu allen möglichen Innovationen, was am Ende wieder die Profitrate drückt, usw.

Diese Logik hat Folgen für die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital. Mitchell verweist auf eine Arbeit von Robert Rowthorn, der in seinem Aufsatz „*Inflation und Krise*“ schrieb:

„Kapitalisten kontrollieren die Produktion, und sie werden nicht investieren, solange sie nicht eine bestimmte "normale" Profitrate erhalten. Wenn die Löhne zu schnell steigen, sei es aufgrund eines extremen Arbeitskräftemangels oder aufgrund militanter Gewerkschaften, fällt die Profitrate unter ihr "normales" Niveau, die Kapitalisten weigern sich zu investieren, die Expansion kommt zum Stillstand und es kommt zu einer Krise.“

Rowthorn schreibt, dass die „Kapitalisten die Peitsche in der Hand haben“ und wenn die Arbeitnehmer im Lohnkampf zu erfolgreich seien, reagierten „die Kapitalisten mit

Investitionsverweigerung, und das Ergebnis ist eine vorzeitige oder längere Krise. Um diesem Dilemma zu entkommen, müssen die Arbeitnehmer über den rein wirtschaftlichen Kampf hinausgehen und auf politischer Ebene kämpfen, um die Kontrolle über die Produktion selbst auszuüben.“ Rowthorn (1980: 134)

(Referenz: Rowthorn, R. (1980) *Capitalism, Conflict and Inflation: Essays in Political Economy*, Lawrence and Wishart, London).

## **Die Zirkulationssphäre und das Geld**

In seinem Buch von 1859 - [Ein Beitrag zur Kritik der politischen Ökonomie](#) - Kapitel 2, Abschnitt C - [Münzen und Wertzeichen](#) - schrieb Marx:

„Das als Zirkulationsmittel fungierende Gold nimmt eine bestimmte Form an, es wird zur Münze. Um zu verhindern, dass seine Zirkulation durch technische Schwierigkeiten behindert wird, wird das Gold nach dem Standard des Rechengeldes geprägt. Münzen sind Goldstücke, deren Form und Prägung darauf hinweisen, dass sie Goldgewichte enthalten, wie sie in den Bezeichnungen des Rechnungsgeldes wie Pfund Sterling, Schilling usw. angegeben sind. Sowohl die Festlegung des Münzpreises als auch die technische Arbeit des Prägens obliegt dem Staat [...] der einzige Unterschied zwischen Gold in Form von Barren und Gold in Form von Münzen ist der zwischen der Bezeichnung der Münze und der Bezeichnung ihres Metallgewichts. Was im letzteren Fall als Unterschied in der Bezeichnung erscheint, erscheint im ersteren Fall als Unterschied in der Form. Goldmünzen können in den Schmelztiegel geworfen und so ohne weiteres wieder in Gold verwandelt werden, so wie umgekehrt Goldbarren nur in die Münzanstalt geschickt werden müssen, um in Münzen verwandelt zu werden. Die Umwandlung und Rückverwandlung der einen Form in die andere erscheint als ein rein technischer Vorgang.“

Marx' Schriften zum Thema Geld standen also im Kontext eines konvertierbaren Goldstandards, bei dem die Regierung stets garantierte, dass jede im Umlauf befindliche Währung (Banknoten und Münzen) zu einem festen Preis pro Unze in Gold umgetauscht werden konnte. Die Münzen wurden aus Gold hergestellt und nach ihrem Gewicht bewertet. Für Marx war Gold "eine universelle Äquivalentform aller Waren".

Die Währung eines einzelnen Staates war nicht universell, und die Nationen (Zentralbanken) mussten Goldvorräte halten, um Transaktionen zwischen den Staaten abwickeln zu können.

Im „[Kapitel über das Geld](#)“ in Heft I der ‚[Grundrisse](#)‘ kritisiert Marx die Ansichten von Pierre-Joseph Proudhon, dass das Wachstum des Bankwesens die Produktion und die Entwicklung neuer kapitalistischer Unternehmen steigern würde.

Er sagt dort, man könne einerseits die Produktions- und Verhältnisse nicht durch die bloße Veränderung des Zirkulationsinstruments bzw. die Organisation der Zirkulation revolutionieren, und andererseits sei die Revolutionierung der Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse die Voraussetzung zur grundlegenden Veränderung der Zirkulationssphäre. Es sei also nicht möglich, grundlegende soziale Veränderungen langsam und allmählich über „Zirkulationstricks“ zu erreichen, um auf diese Weise den gewaltsamen Charakter dieser Veränderungen zu vermeiden.

Mithin könnten also politische Injektionen von Geld in eine Volkswirtschaft oder Variationen des Zinssatzes, der von der (Zentral-)Bank auf private Wechsel angeboten wird, die grundlegende Logik und das Schicksal des Systems nicht verändern. Diese "Tricks" der Banken seien also nur inflationär ("entwerten ihr eigenes Papier").

### **Geldbewegung und Fiskalpolitik**

Aus dieser Aussage schließen moderne Marxisten, dass durch Fiskalpolitik die inhärente Dynamik der auf Klassenkampf beruhenden Kapitalakkumulation nicht veränderbar ist.

Sie können sich dabei auch auf Duncan Foleys Einleitung zu Suzanne De Brunhoffs 1967 erschienenem Buch - [La Monnaie chez Marx](#) -, das später (1976) auf Englisch veröffentlicht wurde, berufen.

Er schreibt:

„Das erste, was einem Studenten des Geldes auffällt, ist, dass in einer Geldwirtschaft die Bewegungen von Geld und Waren miteinander verflochten sind. Auf der Ebene der einzelnen Transaktion bewegt sich ein Zahlungsmittel in eine Richtung und eine Ware in die entgegengesetzte Richtung. Es stellt sich die theoretische Frage, welcher Faktor der entscheidende ist. Bestimmt die Bewegung des Geldes die Bewegung der Waren oder bestimmt die Bewegung der Waren die Bewegung des Geldes?“

Seines Erachtens meint Marx, dass die Bewegung der Waren weitgehend außerhalb der monetären Sphäre bestimmt werden, und dass es die Warenbewegungen sind, die in der Regel die Bewegungen des Geldes bestimmen.

Diese Kausalität resultiert aus der durch die Erfordernisse der Kapitalakkumulation bestimmten Dynamik, die dann "Geld" als "Medium, durch das der Warenaustausch stattfindet", erfordert. Das "Geld" könne jedoch keine "Konsumimpulse auslösen, die außerhalb seiner selbst entstehen". Folglich sei das "Geld" nur ein Vermittler und könne kein "aktives störendes Element in der Wirtschaft" sein.

Nach dieser Auffassung ist also der Ansatz, den beispielsweise Keynes verfolgt hat, falsch.

Foley schreibt:

„Keynes' Analyse dieser Frage, die zu dem Schluss kommt, dass die Geldpolitik in weiten Grenzen die Investitionsrate verändern und die Gesamtnachfrage bestimmen kann, steht in krassem Widerspruch zu der Annahme, zu der wir auf der Grundlage der Marxschen Diskussion gelangen, die die Auswirkungen der Geldpolitik auf die Sphäre von Geld und Kredit beschränkt ...“.

Und hat sich nicht gerade das mit dem Scheitern der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts empirisch bestätigt?

**Der Fall gegen die MMT: bewiesen.**



## Das Plädoyer für die MMT

### Die Argumentation gegen die MMT hat mehrere Haken

- Erstens hat Marx sich mit dieser Frage nicht wirklich beschäftigt, weil er daran interessiert war, ein anderes Thema zu verstehen - die innere Logik der kapitalistischen Produktion.
- Zweitens wurden Marx' Abhandlungen zu den damit verbundenen Themen zu einer ganz anderen Zeit geschrieben, als das Zentralbankwesen noch nicht wirklich weiter entwickelt war als die Privatbanken, und es nur rudimentäre Vorstellungen von Finanzpolitik gab.
- Drittens war es eine Zeit, in der die Währung eigentlich nur eine andere Form von Gold war. Letzteres hat sich inzwischen grundlegend geändert, spätestens im August 1971, als das Bretton-Woods-System zusammenbrach, das die Konvertierbarkeit des Dollars in Gold garantierte. Wie Marx moderne Wirtschaftspolitik beurteilen würde, kann sich also nicht ohne weiteres aus seinen Büchern erschließen.

Selbst Foley gesteht zu, dass Marx sich im Grunde genommen für Steuer- und Geldpolitik in unserem heutigen Verständnis gar nicht interessiert habe, indem er schreibt:

„Die meisten modernen Geldtheorien wurden mit dem ausdrücklichen Ziel entwickelt, die staatliche Geldpolitik im modernen Kapitalismus zu verbessern. Diese Untersuchung der Marxschen Geldtheorie zeigt, wie wenig Marx in dieser Richtung motiviert war. In der Geldtheorie, wie in den meisten seiner analytischen Arbeiten über den Kapitalismus, versucht Marx in erster Linie, die objektiven Determinanten der sozialen Phänomene, die Bewegungsgesetze des Systems zu entdecken [...] Marx' Ansatz führt nicht notwendigerweise direkt zu Ergebnissen, die den Geldpolitikern bei ihren Problemen helfen werden.“

(Anmerkung: Sein Verweis auf die "Modern Monetary Theory" bezog sich nicht auf die MMT. Dies wurde 1967 geschrieben.)

Und am Ende seines Vorworts stellt er sogar fest, dass "der monetäre Mechanismus eng mit dem Staat verbunden ist" und dass die politischen Entscheidungen der Regierung einen direkten Einfluss auf Inflation und Arbeitslosigkeit haben, die "wichtigsten Themen, um die der Klassenkampf ausgetragen wird".

Weiter geht es im zweiten Teil mit der Betrachtung der Nachfrageseite als Ursache kapitalistischer Krisen.

## Verhandlung in Sachen Marx und MMT (Teil 2)

### Fortsetzung des Verfahrens

Verhandelt wird die MMT-These:

**Eine moderne Regierung, die eine Fiat-Währung herausgibt, kann das Produktions- und Beschäftigungsniveau durch öffentliche Ausgaben beeinflussen.**

Viele Marxisten halten es hingegen für einen verhängnisvollen Irrtum, der mit Inflation bezahlt werden muss, und zudem illusionär in Bezug auf einen grundsätzlich notwendigen antikapitalistischen Systemwechsel ist.

Nachdem sich im ersten Teil diese Auffassung zunächst abgeleitet aus Marx' Schriften zu bestätigen schien, wurde zu Beginn des Plädoyers für die MMT auf mehrere Haken dieser Auffassung hingewiesen. Nun werden wir die Nachfrageseite betrachten.

### Plädoyer für die MMT (Fortsetzung)

#### Unterkonsumtion als Krisenursache

Trotz der Bedeutung der eben aufgezeigten inneren Logik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses muss man sich mit der Frage der Verwertung befassen, denn erst durch den Markttausch können die Kapitalisten den Mehrwert, den sie im Produktionsprozess durch die Ausbeutung ihrer Arbeiter enteignet haben, in die Geldform des Profits umsetzen.

In diesem Zusammenhang laufen die Kapitalisten in ihrem Streben nach mehr Absatz Gefahr, im Verhältnis zur Kaufkraft der Verbraucher zu viel zu produzieren, was dann bedeutet, dass der von ihnen produzierte Mehrwert nicht mehr in Geldform realisiert werden kann.

Ein mangelnder Absatz, der auf einen Mangel an effektiver Nachfrage (Konsumwünsche, die durch Geld gedeckt sind) zurückzuführen ist, schadet dann der Profitrate, da die Kapitalisten gezwungen sind, ihre Produktion zu reduzieren und/oder pleite zu gehen, und die Folge ist eine Krise.

Schon zu Marx' Zeiten gab es Theoretiker, die vermuteten, dass ein Mangel an Ausgaben (effektive Nachfrage) zu einer Krise führen würde, weil die Produktion nicht verkauft werden könnte und die Kapitalisten mit einer Verringerung der Produktion und der Beschäftigung reagieren würden.

So betonten z.B. Thomas Malthus und [Jean Charles Léonard de Sismondi](#), die Nachfrage als Quelle der Krise.

Sismondi vertrat die so genannte [Unterkonsumtionstheorie](#), die davon ausging, dass der Wettbewerb zwischen den Kapitalisten die Löhne auf einem niedrigen Niveau hielt, was wiederum die Kaufkraft der Arbeitnehmer in einem Umfeld untergrub, in dem das Kapital die Produktion ausweitete, um die Gewinne zu steigern und sein Kapital zu erhöhen.

Auch andere (wie der Idealist Robert Owen) untersuchten die Art und Weise, wie niedrige Löhne das System für Nachfragemangel und Krisen prädisponierten.

Zwar versuchte Marx, sich von diesen "bürgerlichen" Autoren abzugrenzen, aber im *Kapital*, [Band III](#) (S. 347), schrieb er dann:

„Der letzte Grund für alle wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und der beschränkte Konsum der Massen im Gegensatz zu dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionskraft der Gesellschaft ihre Grenze wäre.“

Grundsätzlich sind für Marx also Krisen Bestandteil der Logik des Kapitalismus und seiner inneren Widersprüche. Sie wiederholen sich, selbst wenn politische Veränderungen das Gleichgewicht (vorübergehend) wiederherstellen. Aber er dachte weiter.

In [Kapitel 17](#) seines Werkes [Theorien über den Mehrwert](#) von 1863 finden wir verschiedene Diskussionen über die klassische (ricardianische) Leugnung der Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion und darüber, wie diese falsche Auffassung auf der Vorstellung beruht, dass Produkte gegen Produkte getauscht werden.

Marx hebt in seiner Kritik an Say und Ricardo hervor, inwiefern die Verwendung von Beispielen aus der "Tauschwirtschaft" zutiefst fehlerhaft ist. Eine Geldwirtschaft hat eine Dynamik, die in einer Tauschwelt, in der Produkte direkt gegen Produkte getauscht werden, nicht erfasst wird.

Das Vorhandensein eines Unterbrechungsmechanismus in Form von ungenutzten Geldbeständen (in der Erkenntnis, dass Geld mehr als ein Tauschmittel, sondern für dessen Besitzer auch eine eigenständige Form von Ware ist) führte Marx zu der Schlussfolgerung, dass die Möglichkeit einer Stagnation (definiert als ein Konflikt zwischen Kauf und Verkauf) besteht (siehe *Theorien des Mehrwerts*, [Band 2](#), [Kapitel 17](#), Abs. 710-711).

Und das legt den modernen Schluss nahe, dass Steuer- und Geldpolitik sehr wohl die realen Bedingungen einer Volkswirtschaft verändern können, indem ein währungs-souveräner Staat durch Geld Ausgeben zumindest die Nachfragelücke schließt, die die Sparer geschaffen haben.

## **Marx und die fehlende effektive Nachfrage**

In den *Theorien des Mehrwerts, Band 2, Kapitel 17*, Abs. 712) nimmt Marx schon die mit dem Namen Keynes verbundene, moderne Unterscheidung zwischen nominaler und effektiver Nachfrage vorweg:

Ricardo verneinte die Möglichkeit einer allgemeinen Überproduktion, indem er den unbegrenzten Bedarf der Verbraucher an Waren behauptete, und dass jede spezielle Marktsättigung schnell durch eine erhöhte Nachfrage nach anderen Waren überwunden würde. Marx erwiderte:

„Könnte es ein kindischeres Argument geben? Es geht so: von einer bestimmten Ware kann mehr produziert werden, als von ihr konsumiert werden kann; aber das kann nicht für alle Waren zugleich gelten. Denn die Bedürfnisse, die die Waren befriedigen, haben keine Grenzen und alle diese Bedürfnisse werden nicht gleichzeitig befriedigt. Ganz im Gegenteil. Die Befriedigung des einen Bedürfnisses macht ein anderes sozusagen latent. Es braucht also nichts anderes als die Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, und diese Mittel können nur durch eine Steigerung der Produktion bereitgestellt werden. Eine allgemeine Überproduktion ist also nicht möglich.

Was ist der Zweck von all dem? In Zeiten der Überproduktion ist ein großer Teil des Volkes (vor allem die Arbeiterklasse) schlechter denn je mit Getreide, Schuhen usw. versorgt, ganz zu schweigen von Wein und Möbeln. Wenn eine Überproduktion nur dann eintreten könnte, wenn alle Mitglieder eines Volkes auch ihre dringendsten Bedürfnisse befriedigt hätten, dann hätte es in der bisherigen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft nie einen Zustand allgemeiner Überproduktion oder auch nur teilweiser Überproduktion gegeben. Wenn z.B. der Markt mit Schuhen oder Kattun oder Wein oder Kolonialwaren überschwemmt ist, bedeutet das vielleicht, dass vier Sechstel des Volkes ihren Bedarf an Schuhen, Kattun usw. mehr als gedeckt haben? Was hat denn die Überproduktion mit dem absoluten Bedarf zu tun? Es geht nur um die Nachfrage, die durch die Zahlungsfähigkeit gestützt wird. Es geht nicht um die absolute Überproduktion - Überproduktion als solche im Verhältnis zum absoluten Bedürfnis oder dem Wunsch, Waren zu besitzen. In diesem Sinne gibt es weder eine partielle noch eine allgemeine Überproduktion, und das eine steht nicht im Gegensatz zum anderen.“

Trifft Marx hier nicht genau das moderne Problem der hohen Arbeitslosigkeit und des stagnierenden Wachstums?

Marx erkannte, dass die Kapitalakkumulation nur dann voranschreiten kann, wenn es eine angemessene Ausgabe gibt. Er schreibt: (*Kapital, Band II, Seite 202*):

„Aber das Warenkapital muss in Geld verwandelt werden, bevor es sich in produktives Kapital zurückverwandelt und bevor der in ihm enthaltene Mehrwert verwertet wird. Woher soll das Geld für diesen Zweck kommen?“

Außer Keynes beschäftigen sich auf Marx aufbauend auch weitere Ökonomen mit den Zusammenhängen zwischen effektiver Nachfrage und Arbeitslosigkeit und Rezession.

## **Rosa Luxemburg**

George Feiwel bezeichnete Rosa Luxemburg in seinem klassischen Werk (1975) - *The Intellectual Capital of Michal Kalecki* - als "eine der brilliantesten, originellsten und unorthodoxesten Anhängerinnen von Marx" (S. 56).

Der amerikanische marxistische Ökonom Paul Sweezy nannte sie in seinem 1942 erschienenen Klassiker "*The Theory of Capitalist Development*" (Theorie der kapitalistischen Entwicklung) die "Königin der Unterkonsumtionisten".

Feiwel ist der Ansicht, dass die Marxisten das Element der Unterkonsumtion in der Marxschen Theorie "vernachlässigt" und Luxemburg "wie eine Ketzerin behandelt" hätten.

Luxemburg verbindet die beiden Punkte, nämlich dass das Kapital danach strebt, mehr zu akkumulieren, indem es mehr Mehrwert produziert, und dass es einen ausreichenden Massenkonsum benötigt, um sicherzustellen, dass der Mehrwert als Geldprofit realisiert wird. In ihrem einzigen Werk über Ökonomie (1913) - *Die Akkumulation des Kapitals* - erweiterte sie Marx' Erörterung der Reproduktion, indem sie begründet, warum Marx' Konzentration auf ein geschlossenes System aus ihrer Sicht ein Fehler war.

Sie schrieb (S.155):

„Der Fehler in Marx' Analyse liegt unserer Meinung nach in der fehlgeleiteten Formulierung des Problems als bloße Frage nach den 'Geldquellen', während die eigentliche Frage die effektive Nachfrage ist ...“

Rosa Luxemburgs Beitrag bestand darin, festzustellen, dass das Kapital neue Märkte suchen und finden würde, um die Überschussproduktion zu absorbieren, wobei es sich um unterentwickelte

Länder oder Sektoren innerhalb der fortgeschrittenen Nationen handeln könnte, die nicht als kapitalistische Produktionsprozesse strukturiert waren, wie etwa die "bäuerliche Landwirtschaft". Ein besonders wichtiger Sektor in dieser Hinsicht war der staatliche Sektor.

Sie schrieb (Seite 466):

„An die Stelle der Vielzahl einzelner und unbedeutender Forderungen nach einer ganzen Reihe von Waren, die zu verschiedenen Zeiten wirksam werden und die oft ebenso gut durch einfache Warenproduktion befriedigt werden könnten, tritt nun eine umfassende und einheitliche Nachfrage des Staates. Und die Befriedigung dieser Nachfrage setzt eine Großindustrie von höchstem Rang voraus. Sie erfordert die günstigsten Bedingungen für die Produktion des Mehrwerts und für die Akkumulation.“

Sie verwendet das Beispiel dessen, was wir heute als militärisch-industriellen Komplex bezeichnen, um zu demonstrieren, wie "Staatsaufträge [...] frei von den Launen und subjektiven Schwankungen des persönlichen Konsums" sind und "die günstigsten Bedingungen für die Produktion von Mehrwert und für die Akkumulation" bieten.

Rosa Luxemburg wurde stark kritisiert, aber der polnische Wirtschaftswissenschaftler [Michał Kalecki](#) bezog sich positiv auf ihre Arbeiten und entwirft jenseits rein kapitalistisch gesteuerter Markt- und zentralistisch gesteuerter Planwirtschaften das Modell einer *mixed economy*. Mehr dazu in Teil 3.

## Verhandlung in Sachen Marx und MMT (Teil 3)

### Schluss des Verfahrens und Urteil

Verhandelt wird die MMT-These:

**Eine moderne Regierung, die eine Fiat-Währung herausgibt, kann das Produktions- und Beschäftigungsniveau durch öffentliche Ausgaben und die damit verbundene Nachfragesteigerung beeinflussen.**

Marx selbst erarbeitete schon das Prinzip der effektiven Nachfrage (Konsumwünsche, die durch Geld gedeckt sind). Rosa Luxemburg entwickelte diese Fragestellungen fort, indem sie u.a. auch die aktive Rolle des Staates dabei analysierte. Michal Kalecki ging noch ein paar Schritte weiter.

Reichen seine Ausführungen, um den Fall abschließend zu entscheiden?

Lassen sich dadurch die Argumente vieler Marxisten widerlegen, die das für einen verhängnisvollen Irrtum halten, der mit Inflation bezahlt werden muss, und zudem illusionäre Vorstellungen bezüglich des grundsätzlich notwendigen antikapitalistischen Systemwechsels weckt?

### Plädoyer für die MMT (Schluss)

#### Michał Kalecki

Ausgehend von den Marxschen Reproduktionsschemata lieferte er eine umfassende Darstellung der Dynamik der effektiven Nachfrage.

In seinem 1966 erschienenen Buch *Studies in the Theory of Business Cycles* (Studien zur Theorie der Konjunkturzyklen) lobte er Rosa Luxemburgs Beobachtungen über Staatsausgaben: 1933-1939. Er fügte eine Analyse des "Einkommenseffekts" hinzu, der die kapitalistische Reaktion auf eine Erhöhung der Staatsaufträge begleiten würde.

Er argumentierte, dass Haushaltsdefizite bei Überkapazitäten zu einer Ausweitung der Produktion führen würden, während die Besteuerung von Arbeitnehmern die effektive Nachfrage in Krisenzeiten untergraben würde.



In seinem 1945 erschienenen Artikel in den Oxford Economic Papers (Nr. 7, S. 83-92) - [Full Employment by Stimulating Private Investment?](#)) - äußerte sich der Marxist Michał Kalecki sehr deutlich über die Rolle der Staatsausgaben bei der Stimulierung der Wirtschaft.

Er war der Auffassung, dass kapitalistische Investitionen nicht nur ihrer eigenen Logik folgen sondern durchaus auch auf staatliche Anreize reagieren. Er betrachtete zwei Szenarien:

1. Förderung der Rückkehr zur Vollbeschäftigung durch Anreize für private Investitionen.
2. "Lösung des Problems der Vollbeschäftigung ... [durch] ... die direkte Schaffung einer effektiven Nachfrage durch die Regierung durch öffentliche Investitionen oder durch Subventionierung des Massenkonsums."

Nach Ansicht von Mitchell wäre noch einen dritten Punkt hinzuzufügen - die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor.

Im ersten Fall zeigt Kalecki, dass die Regierung eine Reihe von politischen Optionen zur Verfügung hat, um private Investitionen zu stimulieren - Steuersenkungen, Subventionen, Zinssenkungen usw. Um jede Tendenz zum Sinken der Profitrate des erweiterten Kapitalstocks auszugleichen und damit die Möglichkeit einer Krise zu verhindern, schrieb Kalecki (Seite 87):

„... wenn die effektive Nachfrage, die zur Sicherung der Vollbeschäftigung ausreicht, durch die Stimulierung privater Investitionen geschaffen wird, müssen die Mittel, die wir dafür einsetzen, kumulativ zunehmen, um den Einfluss der sinkenden Profitrate auszugleichen.“

Sollten die privaten Unternehmen nicht in der Lage sein, das Wachstum der Produktionskapazität zu erzeugen, um die Wirtschaft zurück zur Vollbeschäftigung zu bringen, besteht laut Kalecki zweitens die einfache Lösung darin, dass die Regierung eingreift, indem sie staatliche Unternehmen einsetzt und die Reichweite der öffentlichen Versorgung auf Bereiche ausdehnt, die der nichtstaatliche Sektor für unrentabel hält.

„In diesem Fall würde die Regierung den Bau von Objekten übernehmen, die nicht in die Sphäre des privaten Unternehmertums fallen und somit nicht mit der privaten Kapitalausstattung konkurrieren ...“

Und weiter: "Vollbeschäftigung wird erreicht, weil das Haushaltsdefizit den Betrag ausgleicht, um den" die privaten Investitionen "hinter dem gewünschten Niveau zurückbleiben".

In einem früheren Aufsatz - *Drei Wege zur Vollbeschäftigung* (1944) - sprach Kalecki über die Beseitigung von Slums und die Ausweitung des staatlichen Wohnungsbaus als gute Beispiele für die Aktivitäten, die der Staat in diesem Zusammenhang verfolgen könnte.

Kalecki ging noch weiter (1945: 92):

„Wenn das private Unternehmertum - selbst nachdem die staatliche Intervention ihm Märkte garantiert hat, die ausreichen, um eine volle Auslastung seiner Ressourcen zu bewirken - nicht in der Lage ist, die Aufgabe zu erfüllen, neue Ausrüstungen in dem Maße zu liefern, wie es die Zunahme der Bevölkerung und der Arbeitsproduktivität erfordert, dann sollten staatliche Fabriken gebaut werden, um das Defizit an privaten Investitionen zu füllen.“

Als Alternative schrieb Kalecki (1945, S.88):

„... die Regierung würde den Massenkonsum durch die Gewährung von Familienbeihilfen, Altersrenten usw., durch die Senkung der indirekten Steuern und durch die Subventionierung der Preise für Güter des täglichen Bedarfs erhöhen. In beiden Fällen würden die zusätzlichen Ausgaben (oder der Rückgang der Einnahmen) finanziert, ohne die bestehenden Steuern zu erhöhen, so dass der Anstieg der öffentlichen Investitionen und des subventionierten Konsums nicht durch den Rückgang der privaten Investitionen und des nicht subventionierten Konsums ausgeglichen würde; das daraus resultierende Haushaltsdefizit hätte die gleichen Auswirkungen auf die Beschäftigung wie ein Anstieg der privaten Investitionen bei ausgeglichenem Haushalt.“

Kalecki, der auf Marx aufbaute, zeigte also, wie der Staat sich eigenständig neben dem kapitalistischen Sektor positionieren, und einerseits den Fall der Profitraten den Unternehmen gegenüber kompensieren und andererseits direkt in für kapitalistische Verwertungslogik uninteressanten Sektoren als eigener Unternehmer aktiv werden kann. Nirgends, so Mitchell, bestehen dabei Zweifel, dass Regierungen ihre Haushaltsdefizite erhöhen und die Wirtschaftstätigkeit ankurbeln könnten - entweder direkt oder durch die Stimulierung der privaten Produktion. Staatliches Handeln soll alle verfügbaren Ressourcen aktivieren und ist, wie Kaleckis Beispiele deutlich zeigen, nur durch diese begrenzt, nicht durch Geld.

Kalecky entwirft jenseits rein kapitalistisch gesteuerter Markt- und zentralistisch gesteuerter Planwirtschaften das Modell einer *mixed economy*.

**Der Fall für die MMT: bewiesen.**

## **Einspruch 1: Goldwährung und Fiat-Währung**

### **Einspruch:**

Dass ein Staat ständig mehr Geld ausgibt als er einnimmt, kann einfach nicht nachhaltig sein!

### **Antwort:**

Diese Sichtweise erkennt keinen Unterschied zwischen Privathaushalten und einem Staat. Aber im Gegensatz zu den Nutzern einer Währung ist der Staat deren Schöpfer. Bevor die Bürger Geld ausgeben können, muss es geschaffen werden.

Dass der „monetäre Mechanismus eng mit dem Staat verbunden ist“, ergibt sich eigentlich schon aus Marx‘ Schilderung des angeblich rein technischen Vorganges der Umwandlung von Gold in Münzen. Der Souverän gestaltet das Zahlungsmittel in seinem Sinne. Die Tatsache, dass nur die geprägten Münzen als allgemeines Zahlungsmittel eines Landes akzeptiert wurden, ist Folge staatlichen Zwangs, indem nämlich die Bürger zur Entrichtung von Steuern in der jeweiligen Landeswährung verpflichtet werden. In einem Land, in dem der Goldstandard galt, mussten die zirkulierenden Goldmengen kontrolliert werden, damit nicht plötzliche Knappheit oder Schwemmen den Wert in unerwünschter Weise verändern konnten.

Fiat-Währungen eröffnen andere Gestaltungsmöglichkeiten. Denn mit einer solchen kann ein Staat Geld schöpfen und in Umlauf bringen, wie vorher die von ihm geprägten Münzen, aber nun ist die Geldmenge nicht mehr durch ein ‚Wert-äquivalent‘ begrenzt sondern durch die realen Güter und Dienstleistungen, die man sich im jeweiligen Land für das zur Verfügung stehende Geld kaufen kann. Auch der zwischenstaatliche Handel muss nun anders geregelt werden als durch das Hin- und Herschieben von Goldvorraten.

Der Souverän einer Fiat-Währung muss sich nicht erst von anderswo zusätzliches Gold besorgen, ehe er Dinge kaufen bzw. bezahlen kann, die in seinem Land erhältlich sind, z.B. Arbeitskräfte. Und er kann damit die Produktion anstoßen, weil „im Kapitalismus Unternehmen Produkte produzieren, wenn es sich für sie rechnet und **sich nicht darum scheren**, von wem das Geld kommt“. Erst wenn es im Land nichts mehr mit der dort gültigen Währung zu kaufen gibt, also die real zur Verfügung stehenden Ressourcen erschöpft sind, könnte es dazu kommen, dass zu viel Geld im Umlauf ist, und besteht Inflationsgefahr.

Im Gegensatz zu der Geldform, in der die Nutzer sie verwenden, ist eine Währung für den Souverän, der diese schöpft, nicht mehr bloßer Wertausdruck "eine Äquivalentform" der Waren und damit – wie diese – ein knappes Gut, sondern ein Steuerinstrument.

## Einspruch 2: Die Machtfrage.

### Einspruch:

Marx' anfangs zitierter Hinweis in den [Grundrissen](#), man könne durch Zirkulationstricks nicht den gewaltsamen Charakter notwendiger sozialer Veränderungen vermeiden, ist noch nicht entkräftet.

### Antwort:

Aus der Tatsache, dass auf Basis von MMT eine dem Allgemeinwohl verpflichtete Politik ökonomisch möglich wäre, folgt nicht ihre Umsetzung. Die Corona-Hilfen in den USA, etwa, theoretisch durchaus im Einklang mit MMT, wenn auch nicht so begründet, änderten an den grundlegenden Verhältnissen nichts, sondern flossen zu einem großen Teil in die Finanzindustrie, indem die Menschen nun ihre Versicherungen, Mieten und Hypotheken weiter bezahlen konnten.

Was aber wäre, wenn mit der MMT die Kampfarena **im Hier und Jetzt** beleuchtet würde, in der die arbeitende Bevölkerung über die Verteilungsebene hinaus „auf politischer Ebene [kämpft], um die Kontrolle über die Produktion [und deren Rahmenbedingungen] selbst auszuüben?“ Rowthorn (1980: 134 – siehe Teil 1)

In unzähligen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sei es nun um Mieten, Klimaschutz oder Nahverkehr, würde dann in öffentlichen Diskussionen darüber gestritten, was zu tun wäre, nachgewiesen dass das Ergebnis realisiert werden könnte (zumindest aber nicht an der Finanzierung scheitern muss) und im Konflikt erfahren, was (nicht) durchsetzbar ist und warum.

[Thomas Fazi](#) schreibt zur Akkumulationskrise der 1970er:

„... so dass die linken Parteien nicht über das notwendige theoretische Rüstzeug verfügten, um die kapitalistische Krise, die das keynesianische Modell in den 1970er Jahren überrollte, zu verstehen und richtig darauf zu reagieren. Sie waren davon überzeugt, dass der damals entstandene Verteilungskampf innerhalb der engen Grenzen des sozialdemokratischen Rahmens gelöst werden konnte. In Wahrheit konnte der in den 1970er Jahren wieder aufflammende Konflikt zwischen Arbeit und Kapital nur auf die eine oder andere Weise gelöst werden: zu den Bedingungen des Kapitals, durch eine Verringerung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer, oder zu den Bedingungen der Arbeitnehmer, durch eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle über Investitionen und Produktion. Wie die Erfahrung der sozialdemokratischen Regierungen in den 1970er und 1980er Jahren zeigt, war die Linke jedoch nicht bereit, diesen Weg zu gehen.“

Es war nicht die Globalisierung, die diesen Weg unmöglich machte, wie Thomas Fazi [erklärt](#).

„Die Globalisierung war (ist) weitgehend das Produkt staatlich gesteuerter Prozesse. Alle Elemente, die wir mit der neoliberalen Globalisierung in Verbindung bringen – Delokalisierung, Deindustrialisierung, freier Waren- und Kapitalverkehr usw. – waren (sind) in den meisten Fällen das Ergebnis von Entscheidungen der Regierungen.“

An der Liberalisierung der Kapitalströme seien linke Parteien maßgeblich mit beteiligt gewesen.

„Es gibt kaum Beweise dafür, dass die Regierungen durch eine Art „unerbittliche Logik“ dazu gezwungen wurden oder dass solche Entscheidungen unvermeidlich waren. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass sich die linken Parteien während des so genannten goldenen Zeitalters des Kapitalismus in falscher Sicherheit wiegten“ [und] „nicht begriffen, dass die kapitalistischen Klassen den fordistisch-keynesianischen „Klassenkompromiss“ nur deshalb unterstützt haben, weil dieser ein entscheidender Bestandteil dieses spezifischen Akkumulationsregimes war, dass aber dieselben Klassen gezwungen waren, ihre Unterstützung für diesen Kompromiss aufzugeben, wenn er jemals zu einem Hindernis für die Akkumulation werden sollte. Genau dies geschah in den 1970er Jahren, vor allem aufgrund des kämpferischen Lohndrucks und der steigenden Erwartungen der Volksschichten, ....“

Und in seiner Replik auf Rudolf Hickel bemerkt [Paul Steinhardt](#):

„... gesellschaftliche und soziale Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und einen ökologischen Umbau unserer Wirtschaftsordnung [sind] notwendig zum Scheitern verurteilt [...], wenn ein Staat nicht über das Geldmonopol verfügt und die damit verbundene Macht bereit ist anzuwenden.“

## Das Urteil

Die MMT-These, dass der staatliche Sektor nicht ausschließlich an die Dynamik der privaten Kapitalakkumulation gebunden ist, und unter bestimmten Bedingungen, z.B. durch die Erhöhung seiner Ausgaben, über produktive Ressourcen aus dem nichtstaatlichen Sektor verfügen kann, ohne einen Inflationsdruck zu erzeugen, widerspricht nicht grundsätzlich den Marxschen Theorien. Nur wer Marx und seine Nachfolger verkürzt und fundamentalistisch liest, kann zu so einem Schluss kommen, darin stimme ich Mitchell zu.

Ebenso verkürzt ist die Auffassung, die MMT postuliere, dass sich ernsthafte gesellschaftliche Auseinandersetzungen vermeiden ließen, indem der Staat mit Geld wahllos nur so um sich schmeißt. Mit dem Aufzeigen des Möglichen fangen im Gegenteil die Diskussionen und auch die realen Auseinandersetzungen erst an. Die Grundfrage für linke Politik ist, ob man sich in Verteilungskämpfen aufreiben oder in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis den Staat (zurück-)fordern möchte, um die drängenden Probleme der Gegenwart zu lösen.

Die MMT zeigt, dass ein souveräner Staat mithilfe seiner Fiat-Währung, durchdachter Wirtschaftspolitik und -planung und seines Steuersystems alle verfügbaren Ressourcen für das Gemeinwohl mobilisieren kann. Aus der Theorie folgt jedoch nicht, dass er das auch tut.

In einer Diskussion sagte [Michael Hudson](#):

„Es muss eine umfassende politische Reform geben. Das wurde im 19. Jahrhundert Sozialismus genannt. Wir können das auch heute noch sozialistisch nennen. Die Rolle des Staates muss neu bestimmt werden: Soll er den ‚99%‘ oder dem superreichen ‚1 %‘ helfen? Soll er helfen, die Umwelt zu sanieren? Soll er den Frieden fördern? Oder soll er einen neuen Kalten Krieg fördern, wie die heutigen Regierungen in Europa und Amerika?“

Für manche politisch links stehende Menschen, (oder sogar deren Mehrheit?) scheint diese Zurückforderung des Staates kein wünschenswertes Projekt zu sein, weil sie sich einen solchen National-Staat nur als chauvinistisch und unsolidarisch nach außen und autoritär nach innen vorstellen können.

